



CHINAPOLITAN

**Ihr wöchentlicher Newsletter mit den wichtigsten News und
Informationen zu Veranstaltungen und Jobs rund um das Thema China**

Liebe Leser:innen,

während die Welt letzte Woche auf die chaotische Präsidentschaftsdebatte in den USA blickte, fand in Beijing eine interessante Veranstaltung statt, die weniger Beachtung fand: der 70. Jahrestag der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Diese Prinzipien, die erstmals im Jahr 1953 von China im Rahmen des Sino-Indischen Abkommens formuliert wurden, sind von historischer Bedeutung, da sie im Kalten Krieg die Position der Länder des Globalen Südens in der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken Ost und West definierten. Sie beinhalten gegenseitigen Respekt der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitige Nicht-Aggression, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen sowie friedliche Koexistenz.

Zu diesem Anlass hielten sowohl Chinas Präsident Xi Jinping als auch der ehemalige französische Premierminister Dominique de Villepin Reden. De Villepin betonte, dass das 21. Jahrhundert das „asiatische Jahrhundert“ sei und dass die Fünf Prinzipien heute relevanter denn je sind. Er hob hervor, dass diese Prinzipien über kulturelle, historische und politische Unterschiede hinaus Frieden ermöglichen könnten, wenn sie weltweit anerkannt und angewendet würden. Seine Worte mahnten, dass die Welt am Rande von Konfrontation und Krieg stehe, und dass ein Bekenntnis zu diesen Prinzipien den Weg zurück zu einer hoffnungsvollen Zukunft ebnen könnte. Xi Jinping äußerte sich ähnlich. In dem Zusammenhang verwies er auf Chinas aktuelles Leitbild einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft“, das auf diesen Prinzipien basiere.

Die Welt steht vor großen Herausforderungen, und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz bieten einen möglichen Anknüpfungspunkt, diesen Herausforderungen zu begegnen. Doch der Westen ignoriert diese Ansätze und Vorstellungen. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sollten nicht nur als historisches Artefakt angesehen werden, sondern als praktische Möglichkeit, jenseits von politisch-ideologischen Differenzen in einer immer kleiner werdenden Welt miteinander zu leben. In einer Zeit, in der geopolitische Spannungen zunehmen und die Gefahr von Konflikten allgegenwärtig ist, bieten diese Prinzipien einen pragmatischen Weg zur Vermeidung von Krieg und zur Förderung des globalen Friedens. Diese Perspektive sollte mit Augenmaß und mit einer gehörigen Dosis Realismus ausgelotet werden.

Mit den besten Wünschen,

Klaus Mühlhahn

P.S. Bitte leiten Sie diesen Newsletter gerne an Ihre China-interessierten Freunde und Kolleg:innen weiter. Wir freuen uns, wenn unsere Leserschaft weiter wächst.

Autorin: Anja Blanke

70 Jahre „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ – In diesem Jahr wird der 70. Jahrestag der von China, Indien, Myanmar und anderen Ländern initiierten „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ begangen. Am Freitag betonte Xi Jinping in seiner Festrede, dass diese Prinzipien in den vergangenen Jahren Zeit und Raum überwunden hätten und zu offenen, umfassenden und universell anwendbaren Grundnormen der internationalen Beziehungen und zu Grundprinzipien des Völkerrechts geworden seien. Sie hätten einen unauslöschlichen historischen Beitrag zum Fortschritt der Menschheit geleistet. Heute schlage China den Aufbau einer Gemeinschaft der Menschheit mit einer geteilten Zukunft vor. Dies trage denselben Geist in sich wie die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Außerdem betonte er, dass China eine starke Kraft für den Frieden sei: „Wir sollten die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten fördern und uns konstruktiv an der politischen Lösung internationaler und regionaler Krisenherde beteiligen.“ **Unsere Einschätzung:** Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurden im Dezember 1953 vom damaligen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai vorgestellt. Sie umfassen den gegenseitigen Respekt der Souveränität und territorialen Integrität, den gegenseitigen Verzicht auf Aggression, die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen in einem friedlichen Miteinander. Insbesondere der Aspekt der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hat für China in Zusammenhang mit der Taiwan-Frage eine sehr hohe Bedeutung. [Sina Weibo](#)

Chinesische Industrieunternehmen verzeichnen Gewinne – Aus den am Donnerstag veröffentlichten Daten des Nationalen Statistikamts geht hervor, dass die Gewinne der großen chinesischen Industrieunternehmen in den ersten fünf Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 3,4% gestiegen seien. Die Gesamtgewinne von auswärtigen Unternehmen, einschließlich Unternehmen mit Investitionen aus Hongkong, Macao und Taiwan, stiegen von Januar bis Mai demnach um 12,6%, während das Wachstum der Gesamtgewinne des privaten Sektors bei 7,6% lag. **Unsere Einschätzung:** Die Bilanz sieht auf den zweiten Blick nicht so positiv aus, wie in dem Artikel suggeriert wird. Denn die Erträge chinesischer Industrieunternehmen stiegen im Mai im Vergleich zum Vormonat nur um 0,7% und damit deutlich langsamer als zuvor. Das dürfte vor allem an der schwachen Binnennachfrage liegen, die sich negativ auf das Gesamtwachstum auswirkt. [Renmin Ribao](#)

China möchte Beziehungen zu Vietnam vertiefen – In der vergangenen Woche kamen Xi Jinping und der chinesische Außenminister Wang Yi mit führenden vietnamesischen Politikern zusammen. Im Gespräch mit dem vietnamesischen Premierminister Pham Minh Chinh betonte Xi, dass China und Vietnam gegenwärtig eine rasche wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität aufweisen, was die Überlegenheit des sozialistischen Systems unter Beweis stelle. Der Aufbau einer strategisch bedeutsamen Gemeinschaft mit geteilter Zukunft zwischen China und Vietnam entspreche den Bedürfnissen beider Länder für ihre jeweilige Modernisierung, trage zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region bei sowie fördere die Entwicklung der Sache des Sozialismus in der Welt. China sei gewillt, die strategische Führung mit der vietnamesischen Seite zu stärken, an Solidarität und Freundschaft festzuhalten, sich gegenseitig fest zu unterstützen, die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zu vertiefen, gemeinsam die Modernisierung voranzutreiben und einen größeren Beitrag zu Frieden, Stabilität, Entwicklung sowie Wohlstand in der Welt zu leisten. **Unsere Einschätzung:** Bereits im Jahr 2008 unterzeichneten China und Vietnam ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft. Doch auch wenn China und Vietnam ihre Beziehungen in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut

haben und eine ähnliche Ideologie aufweisen, möchte sich die vietnamesische Führung nicht allein auf China verlassen. Hanoi baut zum Ärgernis Pekings seit einiger Zeit auch seine Beziehungen zu den USA aus. Dies macht den Abbau der Spannungen rund um die umstrittenen Gebiete im Südchinesischen Meer nicht einfacher. China und Vietnam beanspruchen über die Spratly- und Paracel-Inseln. [Xinhua](#); [Renmin Ribao](#)

Chinesin stirbt bei Heldentat – Vor wenigen Tagen versuchte Hu Youping in Suzhou, eine japanische Mutter und ihr Kind vor einem Messerangriff zu schützen. Die Reiseleiterin eines japanischen Schulbusses wurde niedergestochen, als sie versuchte, einen mit einem Messer bewaffneten Mann davon abzuhalten, in den Bus einzusteigen, in dem sich zu diesem Zeitpunkt viele Kinder befanden. Dabei wurde sie selbst schwer verletzt und verstarb kurze Zeit später. Kurz darauf hat die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning, vor der Presse in Beijing ihre Kondolenz für die tödlich verunglückte Chinesin geäußert. Mao fügte hinzu, die Stadt Suzhou habe Hu den Titel „Vorbild zum mutigen Einsatz für gerechte Aufgaben“ verliehen. Die Heldentat der Chinesin verkörpere die Gutherzigkeit und Tapferkeit der chinesischen Bevölkerung und auch den Geist der Hilfsbereitschaft der Chinesen, so Mao. **Unsere Einschätzung:** Die Heldentat Hus nahm Ende der vergangenen Woche sehr viel Raum in der medialen Berichterstattung ein. Dabei wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass China trotz dieses Vorfalls eines der sichersten Länder der Welt sei. Die Messerstecherei in Suzhou löste in der örtlichen japanischen Gemeinde Besorgnis aus und veranlasste die Botschaft, eine Sicherheitswarnung herauszugeben, in der ihre in China lebenden japanische Staatsangehörigen gewarnt wurden, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, wenn sie unterwegs sind. Gewalttaten gegen Japaner:innen sind in China keineswegs eine Seltenheit. Denn mit dem Verweis auf die gemeinsame Geschichte zwischen China und Japan, die insbesondere durch die Kriegsverbrechen der Japaner im Zweiten Weltkrieg geprägt ist, werden immer wieder Ressentiments gegen Japaner:innen geschürt. [Sina Weibo](#)

Reisen auf das Festland sollen für Nicht-Chinesen aus Hongkong und Macao unkomplizierter werden – Die chinesische Einwanderungsbehörde kündigte am Montag eine neue Maßnahme an, die es nicht-chinesischen Einwohnern von Hongkong und Macao erleichtern wird, auf das Festland zu reisen. Ab dem 10. Juli können nicht-chinesische ständige Einwohner der beiden Sonderverwaltungszone spezielle Reisegenehmigungen für die Einreise auf das Festland beantragen, teilte die Nationale Einwanderungsbehörde mit. Inhaber dieser Dokumente können innerhalb einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren mehrfach in das Festland einreisen, wobei jeder Aufenthalt 90 Tage nicht überschreiten darf. Nach Abschluss von Verfahren wie der Abnahme von Fingerabdrücken können die Inhaber dieser Dokumente nach Angaben der Verwaltung über den Expressabfertigungskanal einreisen. Die Behörde erklärte, dass sie die Verwaltung der Einwanderung weiter verbessern werde, um die Entwicklung der Großregion Guangdong-Hongkong-Macao zu unterstützen und die Integration von Hongkong und Macao in die Gesamtentwicklung des Landes zu fördern. **Unsere Einschätzung:** Nach den Grundgesetzen der beiden Regionen zählen zu den ständigen Einwohnern von Hongkong und Macao sowohl chinesische als auch nicht-chinesische Staatsangehörige. Von dieser neuen Regelung können rund 270.000 Erwachsene profitieren. Expatriat:innen und die Auslandskammer in Hongkong haben den Schritt Pekings begrüßt, da diese Maßnahme dazu beitrage, die Gateway-Funktion und den internationalen Status des Finanzzentrums zu stärken. [Xinhua](#)

Hinweis: Manchmal funktionieren Links nach China nicht. Wir bitten Sie, es etwas später nochmals zu probieren. Wir halten die Artikel auch in pdf-Form vor, falls es einmal nicht funktionieren sollte.

Autorin: Julia Haes

Ankündigung zum Dritten Plenum – Die dritte Plenarsitzung des 20. Zentralkomitees der KPCh findet vom 15. bis 18. Juli in Peking statt. Auf einem Treffen des Politbüros letzte Woche wurde der „Beschluss zur umfassenden Vertiefung der Reformen und zur Förderung der Modernisierung“ diskutiert, der nach weiteren Überarbeitungen auf dem Plenum angenommen werden soll. Laut dem Dokument behält die KPCh die Kontrolle über die Maßnahmen, die den Forderungen des Volkes entsprechen sollen, und deren Umsetzung. Die Früchte der Reformen sollen mit dem Volk geteilt werden. Es wird Veränderungen geben, um aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Es wurden außerdem „theoretische Innovationen“ angekündigt, die möglicherweise die Rolle des Marktes und der Regierung neu definieren. Laut dem Beschluss sollen grundlegende Institutionen gestärkt und rechtliche Grundlagen für wichtige Reformen geschaffen werden. Vermutlich werden nach dem Plenum einige neue Gesetze verabschiedet. Die KP strebt ein Gleichgewicht zwischen Regierung und Markt, Effizienz und Fairness, Vitalität und Ordnung sowie Entwicklung und Sicherheit an. **Unsere Einschätzung:** Über die möglichen Entscheidungen auf dem dritten Plenum wird momentan viel spekuliert. Der chinesische Ökonom Yao Yang sagt dazu, dass China keine neuen Reformen brauche, weil die wesentlichen Reformen bereits in den 1990er Jahren stattgefunden hätten. Jetzt müsste das Erreichte konsolidiert werden. Das dritte Plenum kündige die Ziele für 2035 an, und die Anpassungen der Neuen Ära seien bereits bekanntgegeben worden. Es handele sich um die Entwicklung eines „Sozialismus mit hohem Niveau“, also Sozialismus mit gemeinsamem Wohlstand. Der Autor von Pekingnology spekuliert, dass die „Früchte der Reformen für das Volk“ mehr direkte Unterstützung bedeuten könnte. [Pekingnology](#); [Pekingnology](#)

Indiens Außenpolitik aus chinesischer Perspektive – Nach der Analyse von Hu Shisheng von den China Institutes of Contemporary International Relations (CICIR) hat Premierminister Modi Indien in den zehn Jahren seit seinem Amtsantritt als „führende Macht“ positioniert, indem er „reformierten Multilateralismus“ förderte und eine „Multi-Alignment“-Diplomatie praktizierte. Dabei habe er geopolitische Spannungen genutzt, um Indiens Aufstieg zu beschleunigen. Modi habe so viele Auslandsreisen wie kein anderer indischer Premierminister unternommen und Indien in vielen globalen Konflikten strategisch weder auf einer noch auf der anderen Seite positioniert. Im Umgang mit China habe Indien „Grenzen ausgedehnt“. Die treibenden Kräfte hinter dieser dynamischen Diplomatie seien die strategische Nachgiebigkeit des Westens, Indiens wachsende Macht, hindu-nationalistische Politik und Modis Image als starker Führer. Diese Politik habe jedoch auch negative Auswirkungen. Sie habe etwa Spannungen zwischen den Großmächten und wachsende antiindische Stimmung in Nachbarländern verursacht. Für die nächsten Jahre erwartet Hu, dass sich die indisch-amerikanischen Beziehungen verbessern dürften, auch weil die USA Indien als Partner gegen Russland und China haben wolle. Indien selbst werde den weiteren Ausbau seiner Position als „führende Macht“ vorantreiben und sich weiterhin in sensible Themen mit China einmischen, ohne dabei die Beziehung mit China komplett zu gefährden. **Unsere Einschätzung:** Auch wir sollten uns für Indiens Positionierung interessieren. Während viele andere südostasiatische Volkswirtschaften zwar auch kein Interesse haben, sich klar auf die Seite Chinas oder des Westens zu stellen, sind die wirtschaftlichen Beziehungen in diese Länder bereits heute sehr intensiv, und chinesische Unternehmen haben sich dort als potenzielle Partner und Wettbewerber schon etabliert. Indien ist vorsichtig mit engen Geschäftsbeziehungen zu China, auch um sich als echte Alternative zu China zu positionieren. [Sinification](#)

Herausforderungen für chinesische „Einhörner“ – Als die chinesisch-amerikanische Investorin Aileen

Lee 2013 den Begriff „Einhorn“ für Startups mit einem Wert über 1 Milliarde USD prägte, gab es weltweit 91 davon. Bis 2022 war ihre Zahl auf über 1.300 angestiegen, die meisten davon in den USA und China. Einhörner benötigen zwei wesentliche Faktoren: technologische Innovationen und Globalisierung. In den letzten zwei Jahrzehnten war China führend in der Globalisierung und der Schaffung von Einhörnern. Doch mit Donald Trump als Präsident seit 2017 verschärften sich die Spannungen mit den USA, was zu einem Abwärtstrend führte. Wurden in China zwischen 2017 und 2022 durchschnittlich 83 Einhörner pro Jahr gegründet, sank diese Zahl 2023 auf nur noch 44. Außerdem sanken ihre Bewertungen stärker als die von US-Einhörnern. Und schließlich sind die meisten chinesischen Einhörner in Bereichen der „harten“ Technologie unterwegs wie der fortschrittlichen Fertigung, Automobiltechnologie und intelligente Hardware, während US-Einhörner in Software-Sektoren wie KI, Big Data, Finanztechnologie, Blockchain und biologische Medizin positioniert sind. Um die Einhörner wiederzubeleben, sollte China ein Gleichgewicht zwischen Globalisierung und nationalen Interessen, gesundem Kapitalwachstum und Marktregulierung sowie zwischen weichen und harten Technologiefeldern finden. **Unsere Einschätzung:** In dieser Darstellung der Herausforderungen und Lösungen fehlen zwei wesentliche Aspekte im chinesischen Marktumfeld: Die Regulierung der Tech-Branche im Jahr 2021 hat die Bereitschaft und das Vertrauen von Gründern nachhaltig beeinflusst, so dass viele weniger Interesse haben, sich willkürlichen Maßnahmen der Politik auszusetzen. Außerdem haben die widersprüchlichen Anforderungen für Börsengänge an westlichen und chinesischen Börsen dafür gesorgt, dass einige chinesische Einhörner sich entscheiden mussten, an welchem Markt sie gelistet sein wollen. Hier gilt wie für die gesamte chinesische Wirtschaft, dass die Politik erst wieder Vertrauen bei den Unternehmern aufbauen muss. [Ginger River Review](#)

„896“ in der Technologiebranche – Tech-Unternehmen geraten aufgrund langsamen Wachstums und starken Wettbewerbs unter Druck, Kosten zu sparen und ihre Effizienz zu steigern. Gerade hat der JD.com-Gründer Richard Liu in einer Rede betont, dass sein Unternehmen keine Mitarbeiter akzeptiere, die eine Work-Life-Balance suchen. Ein anderes Tech-Unternehmen hat eine Kampagne namens „Streben nach 100 Tagen“ gestartet, bei der Mitarbeiter sechs Tage die Woche von 8 bis 21 Uhr (896) arbeiten müssen, was das umstrittene „996“-Modell (9 bis 21 Uhr, sechs Tage die Woche) sogar noch übertrifft. Die Arbeitszeiten wurden mündlich in einer Besprechung kommuniziert und betreffen besonders das technische Personal. Das Unternehmen bestreitet offiziell die 896-Richtlinie, obwohl Überstunden zur Norm geworden sind. Diese Praxis hat die Debatte über die Überstundenkultur in China neu entfacht. Das Arbeitsrecht verbietet solche Arbeitszeiten seit 2021 eigentlich. Mitarbeiter fordern faire Vergütung für ihre Überstunden. Dennoch bleibt die Technologiebranche aufgrund hoher Gehälter und Aufstiegschancen trotz des anhaltenden Drucks auf die Belegschaft weiterhin attraktiv. **Unsere Einschätzung:** Der Druck in der Technologiebranche zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und zur Kostenkontrolle ist sehr hoch. Die Technologieunternehmen müssen weiterhin mit unvorhergesehenen Einschränkungen und Behinderungen durch neue Vorschriften rechnen. Gleichzeitig scheint es auch unter den jungen Absolvent:innen immer noch genügend Arbeitskräfte zu geben, die die unattraktiven Arbeitszeiten in Kauf nehmen. [South China Morning Post](#); [Financial Times](#)

Kontroverse „hurt feelings“ Klausel von Gesetz entfernt – China hat eine umstrittene Klausel aus einer Gesetzesänderung gestrichen, die die „Verletzung der Gefühle der chinesischen Nation“ unter Strafe gestellt hätte. Diese Klausel wurde aus Artikel 34 des Strafgesetzes der öffentlichen Sicherheitsverwaltung entfernt, da sie subjektiv und anfällig für Fehlinterpretationen sei, so Shen Chunyao vom NPC-Rechtsausschuss. Die ursprüngliche Formulierung hätte bis zu 15 Tage Haft für Handlungen wie das Tragen von Kleidung vorgesehen, die als beleidigend für die chinesische Nation angesehen wird. Der erste Änderungsentwurf wurde im letzten September im Ständigen Ausschuss diskutiert und der Öffentlichkeit zur Kommentierung vorgelegt. Laut der NPC-Website haben damals

insgesamt 93.975 Personen 125.962 Meinungen dazu abgegeben. Die Korrekturen wurden als positives Zeichen gewertet, da sie die Möglichkeit für Missbrauch und übermäßige Interpretation vager Gesetze verringern. Dies soll helfen, persönliche Freiheiten zu schützen und den Missbrauch administrativer Macht zu verhindern. Die Anpassungen reflektieren laut Experten Chinas Bemühungen, vage Formulierungen zu eliminieren und den Gesetzgebungsprozess durch das Feedback der Öffentlichkeit und Experten zu verbessern. **Unsere Einschätzung:** Der Gesetzgebungsprozess in China ist insgesamt öffentlicher, als man es annehmen würde. (Beinahe) jeder Entwurf wird nach der Behandlung im Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses der Öffentlichkeit zur Kommentierung vorgelegt. Manche Entwürfe durchlaufen auch zwei Runden der Kommentierung. Dass diese Kommentare durchaus - wenn auch sicher keinen riesigen - Einfluss auf das endgültige Gesetz haben können, zeigt dieses Beispiel. Insgesamt bleiben aber viele Gesetze trotzdem relativ vage, so dass sie nach Belieben ausgelegt werden können. [South China Morning Post](#)

Inside China

AboutChina

NewAtCIDW

ChinaCalendar

ChinaJobs



Neue Podcast-Folge: Die Beziehungen zwischen der EU und China

Am 1. Juli ist eine neue Folge unseres Podcasts „China ungeschminkt“ erschienen. Anja Blanke und Julia Haes sprechen darin über die Beziehungen zwischen der EU und China.

Die europäisch-chinesischen Beziehungen haben eine lange Geschichte von Kooperation und Konflikten. 1975 nahm die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Vorgängerinstitution der EU, offizielle Beziehungen zur Volksrepublik China auf. Bis dahin hatte China, unter Führung von Mao Zedong, die EWG als imperialistischen Kapitalismus abgelehnt. Ein Wendepunkt war der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Georges Pompidou in China 1973, der die Annäherung einleitete. Frankreich hatte die Volksrepublik als erstes europäisches Land 1964 anerkannt und fungierte als Vermittler.

1975 besuchte Deng Xiaoping, stellvertretender Premierminister Chinas, Frankreich, um die Beziehungen weiter zu stärken und Chinas Dankbarkeit auszudrücken. Diese Reise fiel in eine Zeit, in der China neue außenpolitische Partner suchte, da die Beziehungen zu den USA stagnierten und die Angst vor der Sowjetunion groß war. Großbritannien hatte nach einem Regierungswechsel 1974 weniger Interesse an einer antisowjetischen Politik, während der neue französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing für ein starkes und unabhängiges Europa eintrat. Dengs Besuch brachte keine sofortigen Vorteile, legte aber den Grundstein für zukünftige Zusammenarbeit. Die EWG erkannte China noch im selben Jahr offiziell an. Drei Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen schlossen China und die Europäische

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1978 ihr erstes Handelsabkommen. 1985 folgte ein Abkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, und 1988 eröffnete die Europäische Kommission eine Vertretung in Peking. Zwischen 1978 und 1996 vervierzehnfachte sich das Handelsvolumen.

Die Beziehungen verschlechterten sich jedoch 1989 nach dem Tiananmen-Massaker. Die Europäische Gemeinschaft reagierte mit Sanktionen, setzte hochrangige Kontakte und neue Kooperationsprojekte aus und beendete militärische Zusammenarbeit. Diese Reaktion der EG war durch Menschenrechtsfragen geprägt, die zuvor selten thematisiert wurden. Die Sanktionen blieben ein Jahr lang bestehen, jedoch zeigte sich eine ambivalente Haltung der europäischen Staaten, die weiterhin Kontakt zu China suchten. Nach der Kuwait-Krise 1990, bei der Chinas Position als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat entscheidend war, begann die EU, die Sanktionen schrittweise aufzuheben. Bis Ende 1992 waren diese weitgehend zurückgenommen. Ein weiteres Problem war das wachsende Handelsdefizit der EG mit China, das bis 1990 um 91%, 120% und 87% jährlich anstieg.

Die Aufnahme Chinas in die WTO 2001 war ein wichtiges Ziel der EU, trotz der Menschenrechtsproblematik, da man wirtschaftliche Liberalisierung und Senkung von Handelsdefiziten erwartete. Die EU verstärkte jedoch ihre Menschenrechtspolitik, indem sie Wirtschafts- und Entwicklungshilfe an politische Kriterien knüpfte und auf internationalen Foren chinakritische Resolutionen einbrachte. Ab 1994 wurden Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zentrale außenpolitische Ziele der EU. Im Zuge dessen initiierte China 1995 einen Dialog mit der EU über Menschenrechte, um weitere kritische Resolutionen zu verhindern, was die EU als politische Anerkennung verstand.

Die "EU-China 2020 strategische Kooperationsagenda" von 2013 schuf einen umfassenden Rahmen für die weitere Zusammenarbeit. Dennoch führten Chinas Taiwan-Politik und die Haltung zu Russland im Ukraine-Krieg zu Spannungen. China kritisierte die EU für ihre USA-Orientierung und versuchte, Europa zu einer neutraleren Position zu bewegen.

Trotz politischer Differenzen bleibt China der wichtigste Handelspartner der EU und ist ihre größte Importquelle sowie das drittgrößte Exportziel. Umgekehrt ist die EU nach den USA Chinas zweitwichtigster Handelspartner, wobei der Handel von Maschinen, Fahrzeugen und Industriegütern dominiert wird.

Die EU-Chinapolitik bleibt ambivalent, ähnlich wie in den 1990er Jahren, balancierend zwischen Werten und Interessen. Die Beziehungen werden als "Partnerschaft, Wettbewerb und systemische Rivalität" beschrieben, und eine selbstbewusstere Haltung wurde 2023 betont. Beim EU-China-Gipfel im Dezember 2023 wurde die Notwendigkeit robuster Regulierungsinstrumente zur Verbesserung der Lieferkettensicherheit hervorgehoben.

Die Europawahlen 2024 haben die politische Landschaft in der EU verändert, was sich auf die Chinapolitik auswirken könnte. Trotz eines Anstiegs rechtsextremer Kräfte dominieren weiterhin Parteien der Mitte, insbesondere in kleineren Ländern. Deutschland und Frankreich verzeichneten zwar rechtsextreme Zuwächse, doch insgesamt bleibt eine pro-europäische Mehrheit bestehen. Die fragmentierte politische Landschaft erschwert jedoch die Bildung einer kohärenten China-Strategie. Diese Unsicherheit beeinflusst europäische und chinesische Unternehmen, da sie sich in einem unvorhersehbaren regulatorischen Umfeld bewegen müssen. Strategische Diskussionen und neue Arbeitsgruppen sollen die Zusammenarbeit in Bereichen wie Landwirtschaft, Luftfahrt, KI, Energie und Finanzen fördern. China beobachtet diese Dynamik aufmerksam und sucht Verbündete innerhalb der EU, um die Rivalität mit den USA auszugleichen.

Die Zukunft der EU-China-Beziehungen hängt stark vom Ausgang des Handelsstreits um E-Autos ab. China hat als Gegenmaßnahme eine Dumpinguntersuchung gegen europäisches Schweinefleisch eingeleitet. Beide Seiten signalisierten jedoch Verhandlungsbereitschaft. Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck betonte auf seiner Chinareise die Wichtigkeit der Globalisierung und warnte vor Eskalation durch Zölle. Der chinesische Handelsminister Wang Wentao zeigte sich offen für konstruktive Gespräche. Trotz positiver Signale bleibt unklar, ob die EU ernsthafte Verhandlungen anstrebt. Der Streit reflektiert ein tieferes Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen, da die EU ein großes Handelsdefizit gegenüber China aufweist.

Zur Folge geht es [hier](#).

Unser neues Angebot: China Decoded, das Executive Briefing für Entscheider in der Wirtschaft

Melden Sie sich [hier](#) für ein kostenloses Probeabo (3 Ausgaben) an!



Inside China

AboutChina

NewAtCIDW

ChinaCalendar

ChinaJobs

Die wichtigsten China-Termine der nächsten zwei Wochen:

- [02.07/03.07/04.07. - Dezan Shira & Associates: Microsoft Business Central and Localizing ERP for China: Training for Decision Makers](#)
- [03.07. - Chinaforum Bayern: Bayerisch-Chinesischer Sommerdialog 2024](#)
- [03.07. - ESMT Berlin: Open Lecture with Dr. Min Ye, founder and CEO of Ainvone](#)
- [03.07. - European Chamber: Sustainable Transition for SMEs: Prospects for Business Growth and Challenges in Change Management](#)
- [03.07. - Die Chinesische Handelskammer in Deutschland e.V. \(CHKD\): Investieren in China – Europäische Vorstellung des Freihandelshafens Hainan](#)
- [03.07. - German Chamber of Commerce in China \(GCC\): New guidance on cross-border salaries for German citizens](#)
- [03.07. - German Chamber of Commerce in China \(GCC\): GM Roundtable: Taxation for German Expats - What to look out for?](#)
- [04.07. - OAV: Navigating China's New Data Export Regulations](#)
- [06.07. - Asienhaus: Asientag 2024](#)
- [07.07. - Konfuzius-Institut Hamburg: Vortrag für Groß und Klein "Legende der Schriftzeichen"](#)
- [09.07. - Konfuzius-Institut Freiburg : Science-Fiction als Schlüsselgenre der chinesischen Gegenwart](#)
- [09.07. - European Chamber Shanghai Chapter: Global Pathways Series: Strategic Insights And Practical Risks For Chinese Enterprises Expanding](#)

- [10.07. - MERICS : Closed-door workshop on China's quantum computing and communication efforts and its impacts for Europe](#)
- [13.07. - Konfuzius-Institut Frankfurt: Theaterfestival der Europäischen Konfuzius-Institute](#)
- [15.07. - Konfuzius-Institut an der Freien Universität Berlin : Aktuelle Entwicklungen in der chinesischen Volkswirtschaft – Richtungssuche inmitten multipler Krisen](#)
- [15.07. - Berlin Contemporary China Network: Capacious Capacity: Conceptualizing the State in Chinese Environmental Governance](#)

Wenn Sie auch Ihren Termin hier ankündigen wollen, nehmen Sie mit uns Kontakt auf: chinapolitan@cidw.de.

Inside China

AboutChina

NewAtCIDW

ChinaCalendar

ChinaJobs

Aktuelle Stellenanzeigen mit China-Bezug von deutschen und internationalen Unternehmen:

- [SJW Europa GmbH sucht Produktmanager im China & Asien Tourismus](#)
- [Ecovis sucht Finanzbuchhalter \(M/w/d\) - China Desk](#)
- [PKF Fasselt Karriere sucht Senior / Manager \(m/w/d\) Tax - China Desk](#)
- [RAPA Automotive China sucht Testing Technician China \(m/f/x\)](#)
- [PAV Herzog sucht E/E Engineers China \(m/w/d\)](#)
- [FOM German-Sino-School of Business & Technology sucht Mitarbeiter \(m/w/d\) für Studienberatung und Studierendenbetreuung](#)
- [Industrial and Commercial Bank of China Limited sucht Finanz Manager/in-Schwerpunkt Meldewesen \(m/w/d\)](#)
- [Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH sucht Manager \(m/w/d\) International für den Bereich Internationale Beziehungen](#)
- [Mercuri Urval GmbH sucht Head of International Sales \(m/w/d\)](#)
- [Hint sucht User Acquisition Manager | Asia](#)
- [Hanshow Technology sucht Junior Financial Specialist \(d/f/m\) - Finance, Controlling, Accounting](#)
- [INTAMSYS sucht Regional Sales Manager - DACH](#)
- [WEG Germany GmbH sucht Mitarbeiter \(m/w/d\) im technischen Vertrieb, Innendienst](#)
- [BANK OF CHINA LIMITED Zweigniederlassung Frankfurt sucht HR Junior Generalist \(m/w/d\)](#)

für Praktikumsinteressierte und Werkstudenten:

- [European Union Chamber of Commerce in China bietet Government Affairs Internship \(Cosmetics, Fashion And Leather\)](#)

Sollen wir hier auch Ihre Stelle mit China-Bezug ausschreiben? Kontaktieren Sie uns: chinapolitan@cidw.de.

CONTACT & IMPRINT

Redaktion: Dr. Anja Blanke, Dr. Julia Haes

CIDW Service GmbH
Geschäftsführerin: Dr. Julia Haes
Blumenstraße 3 – 82327 Tutzing
Tel. +49 8158 925 944-0
chinapolitan@cidw.de
www.cidw.de

Transparent, differenziert, pragmatisch – ist Auftrag und Leitmotiv: Das China-Institut für die deutsche Wirtschaft (CIDW) berichtet aus und über China, ordnet ein und bringt die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Das CIDW bietet mit verschiedenen Veranstaltungsformaten eine Plattform für den Austausch von Ideen, ein auf China spezialisiertes Beratungs- und Trainingsangebot sowie wissenschaftlich fundierte Forschung und chinabezogene Recherchen. Praxisorientiert liefert das CIDW Impulse und Denkanstöße für die Beratungsbereiche Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Chinas.